

# BDPK News

## Nachrichten, Positionen, Berichte

V.i.S.d.P.: BDPK – Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V.,  
Thomas Bublitz, Hauptgeschäftsführer  
Friedrichstraße 60 · 10117 Berlin · Telefon (0 30) 2 40 08 99-0  
E-Mail: post@bdpk.de · www.bdpk.de



Thomas Bublitz,  
Hauptgeschäftsführer des  
BDPK

## Was wirklich wichtig ist

Von Thomas Bublitz

Der furchtbare Krieg in der Ukraine verursacht entsetzliches Leid für die Menschen. Neben dem Bemühen und der Hoffnung auf baldigen Frieden ist es jetzt wichtig, den Betroffenen zu helfen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Hilfsbereitschaft der Deutschen für die Flüchtlinge aus der Ukraine gelobt und zum Ausdruck gebracht, worauf es jetzt ohne Wenn und Aber ankommt: „Wir Deutsche stehen den Opfern des menschenverachtenden Krieges in der Ukraine zur Seite.“ Den Flüchtlingen, die Aufnahme und Unterkunft brauchen, ebenso wie den Menschen im Kriegsgebiet.

Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist enorm und auch die Kliniken aller Trägerschaften in ganz Deutschland bringen sich auf allen Ebenen tatkräftig, schnell und unbürokratisch ein: bei der Unterbringung von Flüchtlingen und ihrer medizinischen Versorgung, mit Geld- und Sachspenden, mit der Lieferung von Gütern und medizinischem Bedarf in das Kriegsgebiet und mit vielem mehr.

Vor diesem Hintergrund erscheinen andere Probleme nebensächlich und Alltags-themen unwichtig. Andererseits dürfen wir uns jedoch nicht von unseren Aufgaben ablenken lassen, denn die schreckliche humanitäre Lage zeigt uns, wie wichtig eine stabile und funktionierende Gesundheitsversorgung ist. Obwohl die deutschen Krankenhäuser und Reha-/Vorsorgeeinrichtungen seit nunmehr zwei Jahren im Ausnahmezustand arbeiten, werden sie auch diese Situation meistern und zusätzlich die Versorgung der Flüchtlinge sicherstellen – auf die Kliniken ist Ver-llass! Ob das allerdings auch in Zukunft noch so klar gesagt werden kann, ist un-gewiss. Denn die wirtschaftliche Lage ist dramatisch, bei den Krankenhäusern ebenso wie in der Reha. Das gefährdet die Leistungsfähigkeit der Kliniken und damit die Versorgungssicherheit.

Deshalb sollte sich die Bundesregierung, wenn sie – hoffentlich bald – die im Koalitionsvertrag versprochenen Struktur- und Finanzierungsreformen im Klinik-sektor in Angriff nimmt, auf das konzentrieren, was für stabile und leistungsfähige Versorgungsstrukturen grundlegend ist: eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung. Zwar kann man durchaus die Auffassung von Bundesgesundheits-minister Karl Lauterbach teilen, die er Mitte März beim DKG-Krankenhaushausgipfel äußerte: „Es geht nicht nur um Ökonomie!“ Aber sie ist wirklich wichtig.

## Pflegebudget

# Zu Verhandlungen anspornen

Wegen Konflikten mit den Krankenkassen wurden bisher nur für einen Teil der Krankenhäuser Pflegebudgets verhandelt. Eine gesetzliche Erhöhung des vorläufigen Pflegeentgeltwertes würde die Krankenkassen unter Zugzwang setzen.

Nach aktuellem Stand haben die Krankenkassen für das Abrechnungsjahr 2020 nur mit rund einem Drittel der Krankenhäuser Pflegebudgets verhandelt. Für das Jahr 2021 sind es bislang sogar nur knapp 50 von rund 1.900 Krankenhäusern. Mit ihrer Verzögerungstaktik auf Ortsebene versuchen die Krankenkassen, die gesetzlichen Vorgaben zum Pflegebudget aus rein finanziellen Erwägungen zu unterlaufen. Bei nahezu allen bisherigen Budgetverhandlungen war es wegen mangelnder Einigungsbereitschaft der Kassen notwendig, die Schiedsstellen anzurufen. Diese haben bisher fast immer die von den Krankenhäusern aufgestellten Pflegebudgets für rechtens erachtet. Wegen der nicht ausgehandelten Pflegebudgets müssen die Kliniken die Kosten für die Pflege vorfinanzieren, dadurch ist bei einem Großteil der deutschen Krankenhäuser eine ernst zu nehmende Liquiditätslücke entstanden. Um die Kliniken zu entlasten und die Krankenkassen zu zü-

gigen Verhandlungen zu bewegen, sollte aus Sicht des BDPK der vorläufige Pflegeentgeltwert erhöht werden. Dieser gesetzlich festgelegte Betrag (für 2020 je Fall 185 Euro, für 2021 je Fall 163,09 Euro) wird bis zur erstmaligen Vereinbarung eines krankenhausindividuellen Pflegebudgets abgerechnet. Aus den wenigen bisher vorliegenden Verhandlungsergebnissen ist erkennbar, dass durchweg mit einem hausindividuellen Pflegeentgeltwert von deutlich über 200 Euro zu rechnen ist. Da es selbst bei einer Unterschreitung des festgelegten Wertes durch die bestehende Ausgleichsregelung bei Abschluss der Budgetvereinbarung nicht zu Überzahlungen kommen kann, besteht für den Gesetzgeber kein Risiko, den vorläufigen Pflegeentgeltwert deutlich zu erhöhen. Positiver Effekt der Erhöhung wäre, dass den Krankenkassen ihre offenkundigen Motive für die Verhandlungsverzögerung genommen würden.

## Prämie für Pflegekräfte

# Ergänzungen erforderlich

Der BDPK hat in einer Stellungnahme zur gesetzlichen Regelung eines Coronapflegebonus gefordert, die Pflegekräfte in Reha-/Vorsorgeeinrichtungen einzubeziehen und die Auszahlung auf weitere Beschäftigte auszuweiten.

Positiv ist aus Sicht des BDPK, dass nach dem derzeitigen Stand der Gesetzesvorlage der Kreis der Empfänger sowie die Höhe der Prämie gesetzlich festgelegt sind. Dadurch werden die Klinikleitungen und Arbeitnehmervertretungen auf der Ortsebene von Entscheidungen entlastet, die zu Konflikten führen und dem Betriebsklima schaden könnten.

Einen Fehler im Gesetzentwurf sieht der BDPK darin, dass der Empfängerkreis sowohl hinsichtlich der Berufsgruppen als auch der Krankenhäuser zu eng gefasst ist. Dies führt zur Unzufriedenheit in den nicht berücksichtigten Berufsgruppen und Krankenhäusern. Da beispielsweise Pflegehilfskräfte und Therapeut:innen durch die Pandemie genauso belastet sind wie das Service- und Reinigungspersonal auf den Stationen, müssten diese ebenfalls einbezogen werden. Zudem kritisiert der BDPK, dass Reha- und Vorsorgeeinrichtungen bisher nicht genannt sind und auch beim beabsichtigten Corona-

Steuerhilfegesetz nicht erwähnt werden. Dies ist eine Zurücksetzung gegenüber anderen Versorgungsbereichen und stößt bei den Reha-Mitarbeiter:innen auf Unverständnis.

Nachdem im Februar 2022 ein Eckpunktepapier zum Pflegebonus vorgelegt wurde, sieht der weitere Zeitplan des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) vor, dass das Bundeskabinett bis zum 30. März eine Formulierungshilfe für den Gesetzentwurf beschließt, der am 7. oder 8. April erstmals im Bundestag beraten werden könnte. Am 19. oder 20. Mai könnte das Gesetz dann im Bundestag, am 10. Juni im Bundesrat beschlossen werden.

Vor seiner Mitte März 2022 anlässlich der Verbändeanhörung abgegebenen Stellungnahme hatte sich der BDPK bereits im Februar mit einem Schreiben an das BMG gewandt und in einer Pressemitteilung auf die notwendigen Ergänzungen im Gesetz hingewiesen.

## Landesverband Niedersachsen

# Im Dialog mit der Politik

Die niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Daniela Behrens, empfing Anfang März 2022 zusammen mit zehn Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung den Verband der Privatkliniken Niedersachsen und Bremen e. V. (VdPKN).

Die Parlamentarier:innen informierten sich beim Gespräch im niedersächsischen Landtag über die aktuelle Situation der Rehabilitationskliniken und der Akutkrankenhäuser. Zentrale Themen waren der verschärfte Fachkräftemangel und das Anerkennungsverfahren ausländischer Fachkräfte, starre Personalvorgaben und die aktuell umzusetzende Impfpflicht von

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Vorstand und Geschäftsführung des BDPK-Landesverbandes erläuterten den Politiker:innen, dass die aktuell schwierige finanzielle Lage vieler niedersächsischer Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen zeitnah politische Regelungen erfordert und warben um die Unterstützung der Ministerin und der Abgeordneten.



## BDPK-Bundeskongress 2022

Der BDPK-Bundeskongress beginnt am Mittwoch, 1. Juni 2022, um 12 Uhr mit dem Eintreffen/der Registrierung der Teilnehmer:innen und anschließendem Mittagslunch. Um 14 Uhr wird BDPK-Präsidentin Dr. Katharina Nebel die Teilnehmer:innen begrüßen, anschließend spricht Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach und steht für Fragen zur Verfügung. Ab 15 Uhr folgen Vortrag und Diskussion mit DRV-Direktorin Brigitte Gross. Nach derzeitigem Stand findet der Kongress als Präsenzveranstaltung im Hotel Pullman Berlin Schweizerhof statt. Aktuelle Informationen und Möglichkeit zur Anmeldung auf der Homepage des BDPK ([www.bdpk.de](http://www.bdpk.de)).



Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach und DRV-Direktorin Brigitte Gross haben ihre Teilnahme zugesagt.

# Finanzielle Schieflage nimmt zu

## Notrufe aus der Reha

Einnahmeausfälle bei steigenden Ausgaben, nicht kompensierbare Personalkostensteigerungen, ein kräftezehrender Wettkampf um das Personal und die Rückforderung staatlicher Unterstützungsleistungen: Zunehmender Druck von allen Seiten gefährdet die Existenz vieler Reha- und Vorsorgeeinrichtungen.

Seit Wochen informiert der BDPK mit zunehmender Häufigkeit und Intensität die Verantwortlichen der Parlamente und der Kostenträger über die immer bedrohlicher werdende Notlage der Reha- und Vorsorgeeinrichtungen. In gezielten Anschreiben, persönlichen Gesprächen und zahlreichen Fachveröffentlichungen werden die brisanten Folgen der aktuellen Entwicklung aufgezeigt: Obwohl es das erklärte politische Ziel dieser und der vorherigen Bundesregierungen war und ist, die Rahmenbedingungen für Reha und Vorsorge zu stabilisieren und zu verbessern, befinden sich immer mehr Einrichtungen in einer extremen finanziellen Schieflage.

Nach wie vor ist ihre derzeitige Situation von einer hohen Zahl an Ausfällen bei der Belegung gezeichnet. Die oftmals kurzfristigen Absagen der Patienten aufgrund von positiven Tests oder Quarantäneanordnungen können die Einrichtungen nicht steuern. Für die Ausfälle durch Minderbelegung gibt es ebenso wie für die höheren Kosten durch Hygieneauflagen oder steigende Energiekosten keinen angemessenen Aus-

gleich. Da aber auch schon vor Corona die Vergütungssätze vieler Reha- und Vorsorgeeinrichtungen deutlich unter den eigentlich notwendigen Tagessätzen lagen, geraten immer mehr in Insolvenzgefahr.

Verschlimmert wird die Entwicklung durch gut gemeinte gesetzliche Maßnahmen wie die Erhöhung des Mindestlohns. Diese wird sich in allen Lohngruppen fortsetzen, womit die Personalkosten auch insgesamt deutlich steigen – eine entsprechende Aufstockung lehnen die Kostenträger, die Krankenkassen und die Rentenversicherungsträger, derzeit aber ab.

In seinen „Notrufen“ an Politik und Kostenträger weist der BDPK auch immer wieder darauf hin, dass die wirtschaftliche Sicherung von Reha und Vorsorge nicht nur dem Erhalt von Tausenden von Arbeitsplätzen in den Einrichtungen dient. Wenn die Leistungsfähigkeit von Reha und Vorsorge geschwächt wird, gefährdet dies die Gesundheit von Millionen Menschen und damit letztlich auch die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft.

## DRV-Reha-Kolloquium

# Hoffnungsvolle Signale

Beim Reha-Kolloquium der Deutschen Rentenversicherung, das Anfang März 2022 in Münster stattfand, diskutierten Akteure der Reha mit Fachpolitikern der Bundestagsfraktionen. Vertreter der Regierungsparteien vertraten dabei Positionen, die für die Reha zuversichtlich machen.

So erklärte Martin Rosemann, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, dass es für Rentenversicherungsträger, die das Reha-Budget nennenswert unterschreiten, eigentlich auch „Strafen“ geben müsste. Generell müsse die Reha individueller und stärker auf den Arbeitsmarkt ausgerichtet werden und der Zugang einfach und niederschwellig erfolgen. Insbesondere Hausärzte müssten besser informiert sein. Das Nebeneinander von Reha-Trägern solle beendet werden, indem sie zu Koopera-

tionen verpflichtet werden. Ähnlich positiv für die Reha äußerte sich auch Markus Kurth, rentenpolitischer Sprecher der Faktion Bündnis 90/Die Grünen. „Wenn das Reha-Geschehen dynamisch ist, dann kann auch das Budget nicht statisch sein, sondern nur ebenfalls dynamisch“, so Kurth. Zudem müsse das Vermeidungsverhalten der Krankenkassen hinsichtlich der Reha-Bewilligung ebenso bestraft werden wie die Nichtberücksichtigung der Qualität bei der Einrichtungsauswahl.